



HESSISCHER LANDTAG

21. 03. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag

**der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz,
Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion**

**betreffend Kabinett Merkel lehnt gesetzlichen Mindestlohn ab -
Bundesregierung verweigert Menschen, die zu Dumpinglöhnen
arbeiten müssen, die Unterstützung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt mit absolutem Unverständnis zur Kenntnis, dass die Bundesregierung mit ihrer in der Kabinettsitzung am 20. März 2013 beschlossenen Stellungnahme den vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf über die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes abgelehnt hat.
2. Der Landtag stellt mit Befremden fest, dass die Bundesregierung damit billigend in Kauf nimmt, dass in Deutschland weiterhin Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Dumpinglöhnen arbeiten und staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen. Davon sind auch viele hessische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen.
3. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie auf die Bundesregierung einwirkt mit dem Ziel, die ablehnende Stellungnahme zurückzuziehen und sich stattdessen der Bundesratsinitiative durch eine befürwortende Stellungnahme anzuschließen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. März 2013

Der Parl. Geschäftsführer:
Rudolph

**Dr. Spies
Decker
Merz
Müller (Schwalmstadt)
Roth**